

(Sichau [SPD])

(A) worden. Für meine Begriffe ist das auf eine etwas ambivalente Weise geschehen. Frau Opladen, unterschwellig haben Sie den Frauen das Recht auf Langzeitbesuch abgesprochen, auf der anderen Seite haben Sie dann die Krokodilsträne vergossen: "Woher wollen Sie denn das Personal nehmen?"

Ich denke, diese Argumentation ist sehr problematisch. Hier geht es darum, daß, wenn Frauen und Männer grundgesetzlich gleichberechtigt sind, dies auch für den Strafvollzug zu gelten hat und deshalb dies nach Möglichkeit auch eingerichtet werden muß. Es ist keine gute Argumentation, wie Sie sie hier vorgetragen haben.

Ich will noch einen weiteren Sachverhalt ansprechen, den Sie sicherlich im Verlauf der weiteren Diskussion einbringen werden: Wir haben im Strafvollzug - das ist gerade auch quantifiziert worden - eine Reihe von Drogenabhängigen, die nachgewiesenermaßen auch im Strafvollzug Drogen zu sich nehmen - dies auch intravenös. Wenn gesellschaftliche Gruppen sagen, es gehe ihnen nicht um die Tatsache, daß die Leute Drogen spritzten, sondern darum, daß Gesundheitsprävention geleistet werde, so denke ich, daß wir in den nächsten fünf Jahren sehr eingehend darüber diskutieren müssen, um auch bei dieser Frage zu einer Lösung zu kommen, damit möglichst die Gefährdung einer HIV-Ansteckung und durch Aids im Strafvollzug möglichst ausgeschlossen wird.

(B) Frau Bainski, zu Ihren Ausführungen würde ich folgendes sagen: Ich denke mir nicht, daß es darum geht, hier den Durchbruch zum Behandlungsvollzug zu erreichen, weil dieser bereits erreicht ist, sondern es geht darum, den Behandlungsvollzug weiterzuentwickeln.

Eine letzte Anmerkung noch zu dem, was Minister Behrens bezüglich des offenen Vollzuges im Erlenhof gesagt hat: Sie alle wissen - das haben wir im Rechtsausschuß diskutiert -, daß einige kleinere Zweiganstalten geschlossen werden bzw. bereits geschlossen worden sind. Dies dient im Bereich der Personalumschichtung dann dazu, das Personal für den Erlenhof zu bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest. Ich **schließe** hiermit die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/400

erste Lesung - Einbringung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1995 bis 1999

Unterrichtung
durch die Landesregierung
zur Beratung
Drucksache 12/401

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/402

erste Lesung - Einbringung

Das Haushaltsgesetz wird durch Herrn Finanzminister Schleißer eingebracht, dem ich das Wort erteile. Der Herr Innenminister wird anschließend das Gemeindefinanzierungsgesetz einbringen.

(C)

(D)

(A) **Heinz Schleußer**, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine verlässliche, eine solide Finanzpolitik, das wird in Nordrhein-Westfalen sicheres Fundament für politisches Handeln in Zeiten des Umbruchs und des Aufbruchs ins nächste Jahrtausend bleiben.

Wir wissen, die West-/Ost-Transfers bleiben noch lange auf hohem Niveau. Gleichzeitig verschärft sich der internationale Wettbewerb durch die Globalisierung der Märkte. Das stellt unsere Volkswirtschaft auf eine ernsthafte Belastungsprobe. Viele Arbeitsplätze sind verloren gegangen. Hinreichender Ersatz für diesen Arbeitsplatzverlust wurde bis heute nicht geschaffen. Der hohe Sockel an Dauerarbeitslosigkeit verfestigt sich. Weitere Arbeitsplatzverluste drohen. Fundamentale Korrekturen in Wirtschafts- und Finanzpolitik sind daher unerlässlich.

Ich stelle fest: Es gibt schwerwiegende Versäumnisse in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie hat zu sehr den Selbstheilungskräften des Marktes vertraut und darauf gesetzt, daß sich mit der prognostizierten Wirtschaftsbelebung auch die Finanz- und Strukturprobleme von selbst lösen würden.

(B) Im Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute 1994 hieß es: "Die deutsche Wirtschaft befindet sich ... wieder im Aufschwung."

Weiter hieß es:

"Die Konjunktur in Westdeutschland wird ... in der ersten Hälfte der '90er Jahre durch eine Sequenz von Hochkonjunktur, Stabilisierungsrezession und Aufschwung gekennzeichnet; das konjunkturelle Grundmuster unterscheidet sich trotz des ökonomischen Schocks der deutschen Einigung und der viel diskutierten Standortprobleme nicht wesentlich von früheren Zyklen."

Eine Tendenzwende auf dem Arbeitsmarkt wurde prognostiziert: "Im Laufe des kommenden Jahres werden 130.000 Personen zusätzlich einen Arbeitsplatz gefunden haben."

Das Jahr 1995 ist fast zu Ende. Wir müssen feststellen: Diese Prognosen sind nicht eingetreten.

Der Sachverständigenrat sagt 1995: "Von einem Aufschwung im eigentlichen Sinne kann nicht gesprochen werden."

Der Leiter des Forschungsinstituts der Bundesanstalt für Arbeit sagt einen Wiederanstieg der

Arbeitslosenzahlen auf mehr als 3,85 Millionen im Frühjahr nächsten Jahres voraus. (C)

Das alles sind alarmierende Belege. Die Zeiten der Theorien und des blinden Vertrauens auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes sind endgültig vorbei. Es ist höchste Zeit zum Handeln.

Ich habe vor einem Jahr hier gesagt: Unsere wirtschaftliche Zukunft ist in Gefahr, wenn es nicht gelingt, uns zu einem Pakt für Arbeit in Deutschland zusammenzufinden. Den tiefgreifenden Veränderungen der Weltwirtschaft ist nur durch eine Modernisierung von Wirtschaft und Staat zu begegnen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Modernisierungspakt mit allen gesellschaftlichen Kräften, Staat, Unternehmen und den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen ist heute wichtiger denn je.

Ich kann die Diskussion, welche Punkte für den Standort Deutschland besonders wichtig oder vordringlich sind, hier nicht weiter vertiefen. Für mich ist wichtig, was die Finanzpolitik zur Sicherung des Standortes Deutschlands und zur Sicherung des Standortes Nordrhein-Westfalen beitragen kann. Dazu gibt es eine recht einfache Antwort: Modernisierung des Staates und solide Finanzen. (D)

Über diese Ziele gibt es breites Einvernehmen. Allerdings, wie nicht nur in der Politik üblich, bestehen unterschiedliche Ansichten über die Wege, diese Ziele zu erreichen.

Meine Damen und Herren, es ist unbestritten: Unser Staat ist unbeweglicher geworden.

Seit 1989 ist die Staatsausgabenquote um rd. 5 %-Punkte auf 50,5 % im laufenden Jahr gestiegen. Ein historischer Höchststand: 13 %-Punkte höher als in Japan. 17 %-Punkte mehr als in den USA.

Eine Modernisierung unseres Staates ist daher nötig, und zwar in all seinen Aspekten.

Modernisierung des Staates bedeutet ein gerechtes, ein effizientes Steuer- und Abgabensystem. - Ein moderner Staat braucht effiziente und sozial gerechte Steuern. Ein moderner Staat braucht ein Steuerrecht, das wachstumsfördernd ist, weil es Arbeitsleistungen, Ersparnisse und Investitionen möglichst gering besteuert.

Ein moderner Staat braucht ein einfaches Steuerrecht, ein Steuerrecht mit geringen Steuersätzen,

(Minister Schleußer)

A) ohne begünstigende Sondertatbestände statt hoher Progression und gleichzeitig einer Vielzahl von legalen oder zumindest legalisierten Möglichkeiten, diese hohe Progression zu umgehen.

Modernisierung des Staates bedeutet aber auch ein modernes und gerechtes Abgabensystem. - Hier besteht dringender Reformbedarf. Die Steuer- und Abgabenlast hat mit 44 % eine bisher ungeahnte Höhe erreicht, einen "historischen Höchststand", wie allgemein festgestellt wird. Mit der deutschen Einheit allein ist das nicht zu erklären. Hier machen sich die Versäumnisse in der Wirtschaftspolitik und die fehlende Unterstützung beim Strukturwandel überdeutlich bemerkbar.

(Beifall bei der SPD)

Es ist unbestritten: Im Interesse der Zukunftsfähigkeit unseres Staates müssen wir wieder zu normalen Verhältnissen zurückkehren.

Ich warne vor dem populistischen Ruf nach schnellen allgemeinen Steuersenkungen. Die hohe Abgabenquote hat bekanntlich zwei Elemente, nämlich Steuern und Sozialbeiträge. Bei einer Aufschlüsselung, die übrigens interessant ist, ergibt sich:

B) Die Steuerquote wird 1996 bei 23,5 % liegen und damit einen seit 30 Jahren nicht verzeichneten Tiefststand erreichen.

Die Sozialbeitragsquote steigt auf über 20 %. Sie erreicht damit einen historischen Höchststand.

Angesichts dieser Fakten ist es zumindest vor-schnell, weitere Steuersenkungen zu fordern. Ich will diejenigen, die als wichtigsten und ersten Schritt eine weitere Entlastung der Unternehmensteuern fordern, auf weitere interessante Fakten hinweisen:

Erster Punkt: Die Gewinnsteuerquote - also die Unternehmensteuern - wird von 37 % im Jahre 1980 auf 25 % im nächsten Jahr sinken: eine Abnahme um 12 Punkte. Die Lohnsteuerquote dagegen wird mit 15,5 % um 1 %-Punkt über dem Wert von 1980 liegen. Dabei sind die Entlastungen aus dem Jahressteuergesetz 1996 bereits eingerechnet.

Zweiter Punkt: Nach Analysen des Instituts "Finanzen und Steuern" ist das Aufkommen aus der Lohn- und Umsatzsteuer - also den Steuern, die die Normalverbraucher treffen - in den Jahren 1983 bis 1993 sechsmal so stark gestiegen wie das aus der Körperschaftsteuer und der veranlagten Einkommensteuer.

Dritter Punkt: Von 1970 bis 1994 stieg der Anteil der Lohnsteuer an den gesamten Steuereinnahmen um gut 11 %-Punkte auf fast 34 %; ebenfalls nahm die den privaten Verbrauch belastende Steuer vom Umsatz deutlich zu, und zwar um gut 5 Punkte auf 30 %. Das ergibt bei Lohn- und Umsatzsteuer einen Anteil an den gesamten Steuereinnahmen von beeindruckenden 64 %.

Dagegen ist der Beitrag der Steuern auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen gesunken, um 10 Punkte auf nur noch 15 % im Jahr 1994.

Diesen Zahlen liegen keine Berechnungen des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen zugrunde, sondern das sind die Zahlen der Bundesregierung.

Vierter Punkt: Ich empfehle die Lektüre des Bundesbankberichtes vom November 1995. Nach einer Analyse der '94er-Jahresabschlüsse von rd. 17 000 westdeutschen Firmen heißt es:

"Immerhin stiegen zwar die Gewinne vor Steuern in den betrachteten Bereichen um 34 %, "

- jetzt kommt es -

"... nach Steuern - aufgrund steuerlicher Entlastungen - sogar um 43 %"

Ich lasse diese Zahlen unkommentiert, weil ich finde, sie sprechen für sich.

Ich fordere deshalb: Wir müssen bei der notwendigen Senkung der Abgabenlast einen Schritt nach dem anderen gehen. Entlastungen zunächst bei den Sozialabgaben, danach dann Steuerentlastungen, und die zuerst dort, wo sie wirklich beweisbar und vordringlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Senkung der Abgabenquote über Entlastungen bei den Sozialabgaben hat einen doppelten Effekt: Sie kommt Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen zugute. Das verbilligt den Faktor Arbeit und führt damit zu mehr Arbeitsplätzen.

Einen Einstieg gäbe die Entlastung der Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen, die mit der deutschen Einigung entstanden sind: 32 Milliarden DM allein 1995. Das sind Leistungen, die gerechterweise über das Steuersystem zu finanzieren sind. Das ist auch die Auffassung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute.

(C)

(D)

(Minister Schleußer)

- (A) Das beste Mittel, den Druck auf die Abgabenquote zu mindern, ist eine Politik, die Arbeitsplätze schafft. Mehr Arbeitsplätze heißt: Weniger Arbeitslosigkeit und damit geringere Leistungszahlungen, höhere Beitrags- und Steuereinnahmen. Das wiederum ermöglicht tendenziell weitere Steuer- und Abgabenerleichterungen. Und bekannt ist: Abgaben- und Steuererleichterungen verbessern unsere Standortqualität.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Sie muß in praktische Politik umgesetzt werden. Einer Politik mit Vorrang für Arbeitsplätze hat sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalens schon immer besonders verpflichtet gefühlt. Ohne die Zuständigkeiten zu verwischen: Das Land kann nicht ausgleichen, was der Bund versäumt, aber wir wollen und werden unseren Beitrag leisten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wie ernst die alte und die neue Landesregierung diese Aussage nehmen, das belegen Zahlen.

Einschließlich des EU-Anteils haben wir vor fünf Jahren gut 250 Millionen DM für alle Arbeitsmarktprogramme ausgegeben. In diesem Jahr sind es 650 Millionen DM. Trotz Haushaltsenge unternimmt die Landesregierung einen weiteren Kraftakt: Der Ansatz für Arbeitsmarktprogramme wird mit dem Haushalt 1996 auf 780 Millionen DM angehoben, zu mehr als zwei Dritteln rein landesfinanziert.

- (B)

Meine Damen und Herren! Es wäre vermessen zu behaupten, der verschärfte internationale Wettbewerb und der Strukturwandel bliebe ohne Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Auch in diesem Lande sind viele Arbeitsplätze weggebrochen. Aber: Die Voraussetzungen für die erfolgreiche Fortsetzung des eingeleiteten Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen sind gelegt. Der Wandel der Wirtschaftsstruktur läßt sich an den Beschäftigtenzahlen ablesen:

In den letzten 25 Jahren sind im Produktionssektor 550 000 Arbeitsplätze weggefallen und dafür im Dienstleistungssektor 700 000 neue entstanden. Auch hier trägt die Modernisierung unserer Wirtschaft Früchte.

Als jüngste Ergebnisse eines erfolgreich eingeleiteten Strukturwandels nenne ich:

In Wegberg-Wildenrath entsteht auf einer ehemaligen Konversionsfläche Europas modernstes Test- und Erprobungszentrum für Schienenfahr-

zeuge. Das bedeutet bis zu 1 000 neue Arbeitsplätze. Das gibt der Bahnindustrie Nordrhein-Westfalens mit derzeit 80 000 Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz von rund 24 Milliarden DM neue Impulse.

Im Oktober 1995 wurde in Köln das CFC eröffnet, eine Koordinierungsstelle, die sich in der Bio- und Gentechnologie sowie der Medizintechnik zu einem Dienstleistungspool für alle Unternehmen im Gesundheitswesen entwickeln soll. Gleichzeitig wird damit eine Brücke zur Forschung der Universitäten geschlagen. Das ist ein Beleg für die dem Land mögliche sinnvolle Vernetzung und Anstoßwirkung in besonders zukunftssträchtigen wirtschaftlichen Entwicklungsfeldern.

In Nordrhein-Westfalen wird das bundesweit erste Tele-Shopping-Center seinen Sitz nehmen. Der Grund: die besonders günstigen Standortbedingungen in Nordrhein-Westfalen.

Richtig ist: Vieles bleibt noch zu tun. In der neuen Legislaturperiode wird es darum gehen, die Fundamente zu sichern, um weiter zielgerichtet darauf aufbauen zu können.

Meine Damen und Herren! Zum Fundament eines modernen Staatsgebäudes gehört neben einer geringeren Steuer- und Abgabenlast und einer Politik mit Vorrang für Arbeitsplätze die Modernisierung der Verwaltung selbst.

Auch diese Aufgabenstellung ist für Nordrhein-Westfalen nicht neu. Wir führen das künftig verstärkt fort, was in der abgelaufenen Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurde. Ich nenne hier den Arbeitsstab "Standardcontrolling" und die fachbezogene Pauschalierung von Fördermitteln.

Was wir noch gezielter angehen wollen und müssen, ist eine flexible Anwendung des Haushaltsrechts, es sind weitere Erprobungen von Budgetierung und Globalsteuerung, Wirtschaftlichkeits- und Kosten-/Nutzenanalysen auf der Grundlage von Kosten- und Leistungsberechnungen.

Meine Zielvorstellung ist: Die nordrhein-westfälische Landesverwaltung wird sich im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft erfolgreich bewähren müssen, aber ich sage auch: Sie kann es und wird es.

Meine Damen und Herren! Solide Finanzen, das ist der andere herausragende Faktor, den Finanzpolitik zur Standortqualität beitragen kann. Solide Finanzen sind Grundlage und Voraussetzung jeglicher Erneuerung.

(C)

(D)

(Minister Schleißer)

A) Als Gütesiegel für die Qualität staatlicher Finanzpolitik haben sich europaweit die sogenannten "Maastricht-Kriterien" eingebürgert. Die Bundesregierung wird nicht müde, darauf hinzuweisen: Deutschland sei europatauglich, zur Zeit als einziges Land neben Luxemburg.

Ich warne vor zu großer Selbstzufriedenheit. Der Sachverständigenrat hat festgestellt: Das Defizitkriterium von höchstens 3 % des Bruttoinlandsproduktes wird 1995 mit 3,1 % verfehlt und im nächsten Jahr mit 3 % knapp eingehalten. Der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt wird auch nach Einschätzung der Bundesregierung 1996 nur ganz knapp unter 60 % liegen.

Das Anwachsen des Schuldenstandes auf über 2 Billionen DM am Ende dieses Jahres ist ein unübersehbares Alarmsignal. Der finanzielle Handlungsspielraum wird durch dramatisch ansteigende Zinsbelastungen drastisch eingeschränkt. Schon heute muß jede sechste Mark an Steuereinnahmen für Zinszahlungen aufgewendet werden. Das ist mehr als eine Verdopplung innerhalb von vier Jahren.

Deshalb ist unbestritten: Die Konsolidierung der Staatsfinanzen behält nach wie vor oberste Priorität.

B) Meine Damen und Herren! Bei aller Problematik, die grundsätzlich mit Vergleichen unterschiedlicher Haushaltsebenen verbunden ist, und bei allen möglichen Einwänden gegen eine Anwendung der Maastricht-Kriterien auf ein Land will ich Vergleichszahlen des Bundes und unseres Landes nennen:

1981 hatten der Bund und Nordrhein-Westfalen eine gleich hohe Defizitquote von jeweils 2,4 %, bezogen auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt. Beim Bund ist diese bis 1994 auf 1,5 % gesenkt worden, ich finde, eine beachtliche Leistung. Nordrhein-Westfalen hat die Defizitquote bis 1994 auf 0,8 % gesenkt.

Die Zahlen zeigen deutlich: Nordrhein-Westfalen weiß, was zu tun ist. Wir tragen als größtes Land eine besondere finanzpolitische Verantwortung. Denn Nordrhein-Westfalen ist das Land mit der höchsten Zahl der Erwerbstätigen, mit den meisten Arbeitsstätten, mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt, mit den größten Außenhandelsbe-

ziehungen, mit den höchsten Steuereinnahmen und (C)

(Peter Bensmann [CDU]: Und mit den größten Schulden!)

dem größten Haushalt aller Länder.

Wir sind deshalb schon früh mit unserer Finanzpolitik auf einen konsequenten und beharrlichen Konsolidierungskurs gegangen. Ich könnte - ich werde das in der Diskussion tun - auf die Erfolge verweisen, die wir bis heute erreicht haben. Wir werden uns aber damit nicht zufriedengeben.

Ich stehe dafür: Die Landesregierung wird gerade in schwerer werdenden Zeiten unbeirrt haushaltspolitisch Kurs halten.

Wichtiges Ziel unserer Finanzpolitik wird es auch in Zukunft sein, Gestaltungsmöglichkeiten im Landeshaushalt zu erhalten und zu vergrößern. Jede Mark, die wir für Zinsen ausgeben müssen, steht für Investitionen im Standort Nordrhein-Westfalen nicht mehr zur Verfügung.

Nachhaltiges Wirtschaften ist nicht nur im Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen nötig, sondern auch im Umgang mit den finanziellen Ressourcen unserer Gesellschaft!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D)

Darum ist es wichtig, daß die uns nachfolgenden Generationen nicht finanziell fremdbestimmt werden, indem wir ihnen nur den Abtrag finanzieller Altlasten hinterlassen.

Finanzpolitische Solidität wird deshalb das Markenzeichen der neuen Landesregierung sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Nettokreditaufnahme auf 1 Milliarde DM im Jahr 2000 verringern. Das ist einvernehmlich erklärtes Ziel unserer Regierungspolitik.

Die Landesregierung geht in die neue Legislaturperiode mit einem klaren finanzpolitischen Konzept:

- In jedem Jahr werden die Ausgaben geringer als die Einnahmen wachsen.
- Mittelfristig sollen die Personalausgaben durchschnittlich nicht über 50 % unserer Steuereinnahmen bzw. 40 % unserer Ausgaben liegen.
- Die Zinslastquote wird zurückgeführt, um Gestaltungsmöglichkeiten wiederzugewinnen

(Minister Schleußer)

(A) und zusätzliche Mittel für Zukunfts-
investitionen freizusetzen.

- Wir werden auch in den kommenden fünf Jahren grundsätzlich keine Gesetze oder Verordnungen beschließen, die Städte und Gemeinden oder das Land zusätzlich belasten.

Ich weiß, das sind ehrgeizige Ziele. Um sie zu erreichen, ist die Landesregierung zu einschneidenden Maßnahmen bereit:

- Die erfolgreiche Aktion "Prüfung der Programmwirksamkeit" wird in der neuen Legislaturperiode wiederholt.
- Wir setzen den Verkauf von Landesbeteiligungen fort. Nur das steht nicht zur Disposition, was für die strukturpolitische Handlungsfähigkeit des Landes unverzichtbar ist. Veräußerungserlöse werden gezielt für die Förderung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Nicht im selben Jahr reinvestierte Erlöse werden einer Sonderrücklage zugeführt.
- Neu hinzu kommt die Prüfung, ob und wie das Forderungs- und Liegenschaftsvermögen des Landes effektiver und zielgerichteter eingesetzt werden kann.

(B) - Um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes zu bewahren, ist - neben der Rückführung der Neuverschuldung - eine wesentliche Voraussetzung, das Wachstum der Personalausgaben zu begrenzen. Wir werden deshalb den bereits beschlossenen Abbau von 12 000 Stellen in der Landesverwaltung so schnell wie möglich verwirklichen.

- Ein weiterer deutlicher Stellenabbau in der Landesverwaltung ist geplant, nicht als Selbstzweck, sondern als Ergebnis von Effizienzkontrolle und Effizienzsteigerung. Die erfolgreiche Tätigkeit des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik" wird fortgesetzt. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit gehe ich davon aus, daß als Ergebnis dieser Organisationsuntersuchungen ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von weiteren 10 000 Stellen erbracht wird.
- Die besondere Dynamik der Pensionsausgaben bleibt ein Problem aller Länder, aller Ebenen. Wir warten immer noch auf den überfälligen Versorgungsbericht des Bundes. Ich hoffe, er wird die notwendige Klarheit für eine Problemanalyse liefern und brauchbare Ansatzpunkte aufzeigen, wie Bund, Länder und Gemeinden

dieses Problem gemeinsam bewältigen können. Ich habe hier zugesagt und bekräftige noch einmal: Nordrhein-Westfalen wird sich an jeder vernünftigen Gesetzesinitiative beteiligen, die eine Begrenzung des Zuwachses der Versorgungslasten zum Ziel hat.

Meine Damen und Herren, das sind in groben Zügen die Rahmendaten, die in der Finanz- und Haushaltspolitik der kommenden Jahre für unser Land maßgebend bleiben werden. Wir werden uns in fünf Jahren daran messen lassen, wie weit wir auf dem Weg der Konsolidierung und der Modernisierung unseres Landes vorangekommen sind. Ich bin mir sicher: Diese Bilanz wird erfolgreich sein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Haushalt 1996 ist ein erster fester Baustein zur Umsetzung dieser Ziele. Der Haushalt 1996 dokumentiert den ernsthaften Willen und die Absicht der Landesregierung, gerade in schwierigen Zeiten finanzpolitisch Kurs zu halten.

Trotz hoher zwangsläufiger Mehrausgaben, trotz der gegenüber den bisherigen Planungen schwächer fließenden Steuereinnahmen wird die Netto-neuverschuldung 1996 auf 6 Milliarden DM begrenzt. Gegenüber der letztjährigen Planung ist das eine weitere Rückführung um rd. 300 Millionen DM.

Das Ausgabevolumen steigt um rd. 1,1 Milliarden DM.

Zur Vorbeugung von Legendenbildungen sage ich ganz deutlich:

Eine Vielzahl von haushaltstechnischen Umstellungen beeinträchtigt die Ausgabe-/Einnahmewachstvergleiche:

- Da ist der ab 1996 bundeseinheitliche Ausweis der Landesleistungen zum Fonds "Deutsche Einheit" als Steuermindereinnahmen,
- da ist die Änderung in der Buchungspraxis bei der Kriegsofopferfürsorge,
- da ist der Wegfall der bisher in Einnahme und Ausgabe nachgewiesenen Kindergeldzahlungen,
- da ist gleichzeitig auf der Ausgabeseite der Neuausweis der Kompensation der gemeindlichen Verluste durch den neuen Familienleistungsausgleich,
- da ist die Aufgabenverlagerung durch die Bahnstrukturreform und die damit verbundene

(C)

(D)

(Minister Schleußer)

- (A) haushaltstechnische Behandlung der vom Land an die Gemeinden durchgereichten Bundesmittel.

Das alles hat unterschiedliche, zum Teil gegenläufige Auswirkungen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite des Landeshaushalts. Die Folge davon: Je nach Darstellung und Bereinigungsgrad läßt sich eine Vielzahl von Steigerungsraten ermitteln. Die Bandbreite geht von - 1,2 % bis + 2,7 %. Ich sage hier nur schlicht und einfach: Die Steigerungsrate des '96er Haushaltes ist aus methodischen Gründen mit dem Vorjahr nicht zu vergleichen.

Unabhängig von diesen Berechnungsmodalitäten ist mir wichtig, daß wir mit dem Haushaltsentwurf 1996 selbstverständlich ein bundesweit vereinbartes Konsolidierungskriterium einhalten: die Obergrenze von 3 % Zuwachs auf die Ausgaben des Haushalts 1995 ohne die Ausgaben für den Fonds "Deutsche Einheit". Das bedeutet in Nordrhein-Westfalen einen maximalen Ausgabenzuwachs von 2,5 Milliarden DM.

Mit zwangsläufigen Mehrausgaben beim Personal von 1,4 Milliarden DM, beim Gemeindefinanzierungsgesetz von 900 Millionen DM, bei den Zinsen von 220 Millionen DM ist dieser Ausgaben-spielraum vollständig belegt. Alles, was wir an neuen politischen Schwerpunkten setzen, alles, was an sonstigen zwangsläufigen Mehrausgaben entsteht, ist entsprechend der Zusage der Landesregierung durch weniger Ausgaben an anderer Stelle gegenfinanziert.

Das belegt zum einen, wie angespannt nach wie vor die Haushaltssituation ist. Zum anderen dokumentiert es eindrucksvoll den Willen, mit Landes-geld sparsam umzugehen und sich auf die wirklich wichtigen Aufgaben im Lande zu konzentrieren. Es belegt, daß es auch in schwierigen Zeiten möglich ist, Politik zu gestalten, wenn man denn nur intelligent mit den vorhandenen Mitteln umgeht.

Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf 1996 ist es gelungen, die gemeinsam vereinbarten Politikziele in einem ersten Schritt umzusetzen, ohne daß damit die Kontinuität in der Finanzierung der Politikschwerpunkte der abgelaufenen Legislaturperiode verlassen würde.

Ich nenne nur wenige herausragende Punkte:

Der Haushalt 1996 leistet einen wichtigen Beitrag zur Festigung des Standortes Nordrhein-Westfalen und zur Wiedergewinnung von Arbeitsplätzen.

- Übergeordnet ist dabei das Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt". (C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aber gekürzt!)

Nach Vorstellung der Landesregierung soll dieses Programm Kristallisationskern aller Ansätze zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes in dieser Legislaturperiode sein. Es ist kein neues Geld, sondern intelligenter und effizienter Einsatz vorhandener Landesmittel.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Weniger!)

Das Programm wird bestehende Förderprogramme bündeln und damit den neuen Schwerpunkt der Landespolitik im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens setzen.

Wir sind davon überzeugt: Umweltschutz und Umwelttechnologien tragen wesentlich zum Erfolg einer modernen Industriegesellschaft bei und sind für die Zukunft des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung. Diese Wirtschaftszweige bieten hervorragende Chancen für den Erhalt und die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze.

Im Rahmen dieses Zukunftsinvestitionsprogramms fließen insgesamt 13,1 Milliarden DM in investive Maßnahmen. Durchschnittlich werden wir jährlich rund 2,6 Milliarden DM im Landeshaushalt für das Programm vorhalten. (D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wieviel waren es vorher?)

Das dadurch initiierte Investitionsvolumen wird die Fördermittel des Landes deutlich übersteigen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Geringer als sonst!)

Als weitergeführte Politikschwerpunkte der vergangenen Legislaturperiode nenne ich Kindergärten und Wohnungen. Wir fördern - über unsere Zusage in der vergangenen Legislaturperiode hinaus - jetzt weitere 20 000 Plätze und 4 000 Plätze in Kinderhorten und -krippen. Dafür stellen wir an Fördermitteln in den kommenden Jahren 537 Millionen DM bereit.

Daneben steigen die Betriebskosten für Kindergärten überproportional: 13 % Zuwachs 1996 - das sind 165 Millionen DM mehr als im laufenden Jahr. An gesamten Betriebskosten werden wir 1996 dann über 1,4 Milliarden DM für Kindergärten aufbringen.

Bezahlbares Wohnen, das ist nach wie vor ein Grundbedürfnis für unsere Bürger. Wir werden

(Minister Schleißer)

(A) deshalb auch in der neuen Legislaturperiode unsere Anstrengungen fortsetzen, bezahlbare Wohnungen für Familien, aber auch für Alleinstehende mit kleinerem Einkommen zu schaffen. Für 1996 haben wir ein Wohnungsbauprogramm von mindestens 27 000 Wohnungen mit einem Bewilligungsvolumen von 2,9 Milliarden DM aufgelegt. Daneben werden die Mittel aus dem Landeswohnungsbauvermögen zur Modernisierung noch einmal um 125 Millionen DM auf über 340 Millionen DM erhöht.

Für uns ist dabei als übergeordnete Klammer noch wichtig: Wir wollen mit einem Bündel von Maßnahmen dafür sorgen, daß Nordrhein-Westfalen zur Nummer 1 in der Energieproduktivität, bei den Energiespartechiken, beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger Sonne, Wind und Wasser wird. Einen wesentlichen Beitrag wollen wir durch die Fortsetzung des bundesweit bekannten REN-Programmes leisten, das im Gegensatz zu vielen anderen Programmen mit dem Haushaltsentwurf 1996 kräftig erhöht wird. Insgesamt werden hier mehr als 105 Millionen DM zur Verfügung stehen.

Aus dem REN-Programm fördern wir den Einsatz neuer und erneuerbarer Energien, das Energiesparen und die rationelle Energieverwendung ebenso wie die Entwicklung von regionalen und kommunalen Energieversorgungs-konzepten.

(B) Das Stichwort "Niedrig-Energiehaus" ist Ihnen bekannt. Wir werden die Wohnungsbauförderung so schnell wie möglich vollständig auf den Bau von "Niedrig-Energiehäusern" umstellen. Damit leisten wir nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, sondern ich bin mir sicher: Durch die Entwicklung und Weiterentwicklung von solchen unmittelbar erfahrbaren Umwelttechnologien werden auch Arbeitsplätze gesichert und die Wettbewerbsfähigkeit unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft gestärkt.

Meine Damen und Herren! Stabilität und Kontinuität bestimmen unverändert auch die Finanzbeziehungen des Landes zu seinen Kommunen. Ein Viertel des Ausgabevolumens des Landeshaushaltes fließt schon traditionell auch im kommenden Jahr in den kommunalen Bereich, ein bundesweit beispielhafter Anteil.

Zentraler Punkt der Transferzahlungen bleibt selbstverständlich der Allgemeine Steuerverbund. Darauf wird der Innenminister noch intensiver eingehen. Ich möchte nur darauf hinweisen: Trotz einer geringfügigen Korrektur - Befrachtung genannt - werden 1996 netto 825 Millionen DM

mehr für allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen an Gemeinden bereitgestellt. (C)

Im Steuerverbund steigen die Schlüsselzuweisungen um 3 %. Damit wird die zugesagte und in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten noch einmal bekräftigte Linie, dieses allgemeine Finanzierungsmittel der kommunalen Haushalte wie den Landeshaushalt zu steigern, konsequent beibehalten. Wir gewähren damit den Gemeinden die oft geforderte Planungssicherheit. Diese Entwicklungsrate bei den Schlüsselzuweisungen haben wir bereits 1994 mit den Orientierungsdaten für die kommunale Finanzplanung angekündigt.

Neben den Mitteln des Steuerverbundes werden weitere 785 Millionen DM im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes bereitgestellt. Damit erfüllen wir unsere Zusage im Vermittlungsausschuß, den Gemeinden einen vollen und fairen Ausgleich für ihre Verluste bei der Einkommensteuer durch den neugeregelten Familienleistungsausgleich zu gewähren.

Wir leiten 26 % unserer Umsatzsteuermehreinnahmen, die wir vom Bund zur Kompensation unserer überproportionalen Verluste erhalten, an die Gemeinden weiter. Das entspricht exakt den anteiligen Ausfällen der Gemeinden.

Verteilt wird das Geld wie beim Einkommensteuergemeindeanteil; damit wird für jede Gemeinde ein individueller Ausgleich sichergestellt - ein Modell, das der Städtetag in anderen Bundesländern als vorbildlich empfohlen hat. (D)

Meine Damen und Herren, ein Blick auf die vor uns liegenden Jahre zeigt: Der Weg von Stetigkeit und Verlässlichkeit in der Finanzpolitik wird in den Planungsjahren bis 1999 eingehalten.

Die Landesregierung hält ihre finanzpolitisch gegebenen Zusagen auch in Zeiten des Umbruchs:

- Die im Finanzplanungsrat verabredete 3%-Linie bei den Ausgaben wird in den Jahren 1996 bis 1999 mit 2,75 % unterschritten.
- In allen Planungsjahren liegen die Ausgabesteigerungs-raten deutlich unter den Einnahmezunachsraten: im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 1999 plus 4,3 % bei den Einnahmen und knapp 2,75 % bei den Ausgaben.
- Die Personalsteuerquote wird von 51 % wieder deutlich unter 50 % zurückgeführt; die Personalausgabenquote liegt mit durchschnittlich 40,1 % an der vereinbarten Linie.

(Minister Schleißer)

- (A) - Der Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen wird von 12,5 % auf 12,0 % zurückgeführt. Dadurch gewinnen wir Handlungsspielraum bis zu 500 Millionen DM, die entsprechend unserer Zusage den "eigenfinanzierten" Investitionsausgaben zugute kommen sollen.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Wir halten unsere finanzpolitischen Grundsätze konsequent ein. Das ermöglicht es, auf der Ausgabenseite Bewährtes fortzuführen und gleichzeitig - wenn auch maßvoll - neue Akzente zu setzen. Die Nettoneuverschuldung am Ende der Finanzplanung wird um fast 60 % abgesenkt, die Kreditfinanzierungsquote mehr als halbiert.

Meine Damen und Herren, einige Worte zur Verlässlichkeit unserer Planungen: Bisher war es und es bleibt auch wohl richtig, was Kurt Tucholsky gesagt hat: "Prognosen sind besonders deswegen riskant, weil sie in die Zukunft gerichtet sind."

Aber Politik und gerade Finanzpolitik muß sich solchen Gefahren stellen. Ich kann feststellen: Die Landesregierung hat ihre finanzpolitischen Zusagen aus der abgelaufenen Legislaturperiode eingehalten, mit einer einzigen Einschränkung: soweit sie selbst gestalten konnte.

- (B) Mit der Finanzplanung 1990 bis 1994, vorgelegt im November 1990, die als erste das Haushaltsjahr 1994 mit umfaßte, haben wir für 1994 Gesamtausgaben von 79,6 Milliarden DM vorgesehen. Die konkret erreichte Zahl ist 79,4 Milliarden DM - ich finde, eine Punktlandung.

Als Schuldenstand am Kreditmarkt habe ich im November 1990 für 1994 116 Milliarden DM erwartet. Die Ist-Zahlen: Es stehen 111 Milliarden DM an Kreditmarktschulden in den Büchern, 5 Milliarden DM weniger als geplant.

Dieses Ergebnis ist uns nicht in den Schoß gefallen, etwa durch höhere als vorausgeschätzte Steuereinnahmen. Im Gegenteil: Im Steuer-Ist haben wir im Zeitraum 1991 bis 1994 knapp 1,5 Milliarden DM weniger eingenommen, als wir eingeplant hatten.

Die 1995er Zahlen liegen naturgemäß noch nicht vor. Aber die Finanzplanung 1991 bis 1995 weist für das laufende Jahr einen Schuldenstand am Kreditmarkt von 123 Milliarden DM aus.

Auch wenn es wegen der unsicheren Situation bei den Steuereinnahmen und beim Länderfinanzausgleich Risiken gibt, gebe ich Ihnen hier und

heute die Zusicherung: Diesen Stand werden wir deutlich unterschreiten. (C)

Ich sage allerdings auch: Verlässlichkeit in der Planung hat dort ihre Grenzen, wo es sich um Faktoren handelt, die das Land oder besser die Landesregierung nicht beeinflussen kann. Das ist im Landeshaushalt im wesentlichen die Einnahmeseite, die in NRW stärker als in anderen Ländern von den Steuereinnahmen geprägt ist, und auf der Ausgabenseite der Länderfinanzausgleich, der sich mittelbar wieder von unseren Steuereinnahmen ableitet.

Ich gestehe, bei beiden Positionen, bei den Steuern und beim Länderfinanzausgleich, gibt es ernsthafte Gefahren.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aha!)

Der Grund ist die neue, kurzfristige Steuerschätzung vom Oktober 1995. Was dort passierte, halte ich, Herr Kollege Linssen, für einen Eklat, der in der gesamten bundesrepublikanischen Finanzgeschichte ohne jeden Vergleich ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da werden in einem Abstand von weniger als sechs Monaten zur letzten Steuerschätzung für das laufende Jahr 26 Milliarden und für das kommende Jahr weitere Steuermindereinnahmen von 29 Milliarden DM vorhergesagt. (D)

Ich sage Ihnen: Solche Einbrüche sind unvorstellbar. Sie erinnern sich an die schwierige Diskussion zum Jahressteuergesetz 1996, beim Existenzminimum und beim Familienleistungsausgleich. 13, 15 oder 19 Milliarden DM an verkräftbarem Ausfall durch diesen wichtigen Steuerreformschritt, das war die schwerwiegende Frage, bis hinein in den Vermittlungsausschuß. Jetzt werden - ohne rechtliche Änderungen - 29 Milliarden DM als zusätzlicher Ausfall für 1996 genannt. Die lapidare Begründung lautet: Schätzabweichung. Das macht das Dilemma deutlich: 19 Milliarden DM an Steuern weniger durch politische Entscheidung, 29 Milliarden DM durch eine von jeder politischen Entscheidung losgelöste Fehleinschätzung.

Bundesweite Steuermindereinnahmen von 55 Milliarden DM in diesem und im nächsten Jahr, das hat auch Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist keine Insel. Korrekturen werden auch in unserem Haushalt nötig. Ich nenne heute und kann heute keine Größenordnungen nennen. Es ist falsch, unausgereifte, nicht belastbare Zahlen zu nennen. Ich halte nichts von

(Minister Schleißer)

- (A) Horrormeldungen zur Einschüchterung von Parlament und Öffentlichkeit.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Alles Makulatur! - Zuruf des Peter Bensmann [CDU])

Nach einer einfachen Faustformel hat Nordrhein-Westfalen von bundesweiten Steuerausfällen rund 10 % zu tragen.

(Zuruf des Klaus Matthiesen [SPD] - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Unruhe - Glocke)

Das wären, Herr Kollege Linssen, 2,6 Milliarden DM Steuermindereinnahmen in diesem Jahr und 2,9 Milliarden DM Steuermindereinnahmen 1996.

Ich sage Ihnen jetzt schon: Diese Zahlen werden für Nordrhein-Westfalen nicht Wirklichkeit. Sie wissen, Nordrhein-Westfalen setzt seine Steuereinnahmen vorsichtig an; wir schätzen und rechnen uns nicht reich, wie das andere tun. Dazu kommt: Anders als andere Länder hatten wir ein gutes drittes Quartal 1995. Läuft das vierte ebenso, dann ist eine Basis da für eine solide Einschätzung des '96er Ergebnisses. Wir brauchen das vierte Quartal, um sagen zu können, ob sich der Trend in Nordrhein-Westfalen stabilisiert oder ob das dritte Quartal nur eine Art "Zwischenhoch" war, nach welchem wir wieder in die Reihe der anderen Länder einschwenken.

(B)

Dazu kommt eine große Unsicherheit über unsere Zahlungsverpflichtung im Länderfinanzausgleich. Sie wissen, daß das ein System kommunizierender Röhren ist: Wenn unsere Steuereinnahmen gut sind und die Steuereinnahmen in den anderen Zahlerländern weniger gut, dann muß dementsprechend viel der Steuereinnahmen im Länderfinanzausgleich wieder abgeführt werden. Da gibt es zur Zeit kräftige Verschiebungen: Nordrhein-Westfalen gewinnt zunehmend an Finanzkraft, andere Zahlerländer verlieren. Die Abstände in der Finanzkraft der vier großen Zahlerländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen differenzieren zur Zeit nur noch hinter dem Komma.

Welche Position Nordrhein-Westfalen tatsächlich im nächsten Jahr einnehmen wird, kann wegen dieser Entwicklungen erst dann gesagt werden, wenn die Jahreszahlen aller Länder bekannt sind. Erst mit der sicheren Kenntnis der genauen Zahlen bei den Steuern im vierten Quartal und der Basis für den Länderfinanzausgleich werde ich

darstellen, welche Konsequenzen daraus für den Landeshaushalt zu ziehen sind. (C)

Ich sage heute: Spätestens im Februar/März des kommenden Jahres, rechtzeitig zur zweiten Lesung des Haushalts, werde ich dem Parlament den möglicherweise notwendigen Korrekturbedarf zum heute eingebrachten Haushaltsentwurf aufgeschlüsselt in einer ordentlichen Ergänzungsvorlage - und nicht auf einem DIN-A4-Blatt mit zehn Zeilen - darstellen.

Für das laufende Jahr gilt: Es kann Einbrüche bei den Steuereinnahmen geben, aber sie werden deutlich unter den vorhin genannten globalen Berechnungen liegen. Allerdings wird bei bundesweiten Mindereinnahmen in einer Größenordnung, wie sie gegenwärtig erwartet wird, auch ein Land wie Nordrhein-Westfalen nicht ganz ungeschoren davonkommen.

Ich sage allerdings auch: Wären nur diese Steuermindereinnahmen zu verkraften, gäbe es in Nordrhein-Westfalen keine Haushaltssperre; denn das wäre - wie im Vorjahr - auszugleichen. Wir haben einmal eine günstige Entwicklung bei unseren sonstigen nichtsteuerlichen Einnahmen. Dazu kommt die bisher moderate Ausgabenentwicklung bei den "eigenbestimmten" Landesausgaben, das heißt ohne die Entwicklung beim Fonds Deutsche Einheit und ohne Sonderleistungen im Länderfinanzausgleich. Mit diesen eigenbestimmten Ausgaben liegen wir deutlich unter den Soll-Vorgaben. Im Saldo bedeutet dies ein ausgeglichenes Zwischenergebnis. (D)

Ein Risiko droht Realität zu werden, das ich schon wiederholt im Haushalts- und Finanzausschuß angesprochen habe: unsere aktuelle Zahllast im Länderfinanzausgleich für 1995. Ich habe gesagt: Unsere relativ guten Steuereinnahmen können schon im laufenden Jahr mit umgekehrten Vorzeichen den Landeshaushalt belasten. Wir müssen die Abrechnung des Bundesfinanzministers für die ersten drei Quartale abwarten. Sie kam mit Schnellbericht vor gut einer Woche, am 20. November 1995. Das Ergebnis: rund 2,6 Milliarden DM Zahllast bis einschließlich September. Im Soll für das ganze Jahr stehen 2,3 Milliarden DM, also eine Zahlungslücke von rund 300 Millionen DM nach drei Quartalen.

Am Rande bemerkt: Noch in der Steuerschätzung vom Oktober war für Nordrhein-Westfalen eine Jahreszahlungsverpflichtung von 2,2 Milliarden DM errechnet. Das sagt etwas über die Ver-

(Minister Schleußer)

(A) läßlichkeit uns zur Verfügung stehender Grundlagen aus.

2,6 Milliarden DM an Zahlungsverpflichtungen haben wir also schon jetzt. Mit den Zahlungen im letzten Vierteljahr kann eine Mehrausgabe im Finanzausgleich für 1995 von etwa 1 Milliarde DM nicht ausgeschlossen werden.

Die Folge dieser Quartalsabrechnung vom 20. November 1995 ist Ihnen bekannt: Die Haushaltssperre vom 21. November 1995 war bei dieser Datenlage unvermeidbar. Ich weiß: Die Sperre wird im Ergebnis solche zwangsläufigen Mehrausgaben nicht auffangen können, aber sie dämpft und verkleinert das Haushaltsrisiko.

Es bestätigt sich, daß der Finanzausgleich eine Medaille mit zwei völlig unterschiedlichen Seiten ist: Auf der einen Seite sind hohe Zahlungen ein Beleg für eine gute Finanzkraft des Landes, auf der anderen Seite schmälern solche Zahlungen die Freude an Steuerermehreinnahmen erheblich.

Wir beklagen das nicht - im Interesse unseres föderalen Staatswesens und aus Solidarität unter den Ländern; denn selbstverständlich muß auch hier gelten, was von uns gesamtgesellschaftlich immer wieder eingefordert wurde: Gerade in schwierigen Zeiten müssen starke Schultern mehr tragen als schwache.

Allerdings füge ich im wohlverstandenen Landesinteresse deutlich hinzu: Weitere Lastenverschiebungen auf unser Land - gleich, wie begründet - sind nicht mehr verkraftbar. Das würde auch "starke Schultern" eindeutig überfordern.

Das gilt insbesondere für die diskutierten weiteren und zusätzlichen Steuerrechtsänderungen. Bei der Diskussion um die Unternehmensteuerreform und zur Zukunft der Erbschaft- und Vermögensteuern warne ich! Einen nochmaligen Blindflug bei künftigen Steuerrechtsänderungen können wir uns im Interesse von Ländern und Gemeinden nicht erlauben: erst die Fehleinschätzungen über angebliche Mehreinnahmen beim Zinsabschlag, jetzt die unvorstellbar hohen Ausfälle durch Fehleinschätzungen von Steuerrechtsänderungen beim Standortsicherungsgesetz - das darf sich nicht wiederholen!

Wenn wir gegen eine Änderung der Gewerbesteuer ab 1996 sind, dann hat das nichts mit Verweigerungshaltung oder mit Unternehmerfeindlichkeit zu tun, sondern mit dem Wunsch nach mehr Datensicherheit und der Einsicht in das finanziell Machbare.

Das gilt auch für die Folgen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Einheitswerten. Die Diskussion über die Zukunft der Vermögensteuer und über die Zukunft der Erbschaftsteuer muß intensiv geführt und bald zu Ende gebracht werden. Die Fristen sind eng. Aber auch hier gilt, daß Datensicherheit gegeben sein muß.

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen wird seine klare Haltung auch bei den jetzt anstehenden steuerpolitisch notwendigen Entscheidungen beibehalten: Wir wollen ein sozial gerechtes, und wir wollen ein einfaches und klares Steuerrecht. Weitere Steuererhöhungen darf es nicht geben, aber auch keine Steuerrechtsänderungen mit zusätzlichen Belastungen für Länder und Gemeinden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf der einen Seite Entlastung der Großunternehmen zwischen 6 und 8 Milliarden DM durch Wegfall der Gewerbekapitalsteuer, zusätzliche Entlastungen in Milliardenhöhe bei der Vermögensteuer, auf der anderen Seite Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe, bei der Sozialhilfe, bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: Dieser Weg wird von Nordrhein-Westfalen nicht mitgegangen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir sagen ja zu einer echten Reform der Gewerbesteuer und zu einer Unternehmensteuerreform, wenn sie denn im Rahmen einer Gemeindefinanzreform steht. Unsere Bedingungen dafür sind klar: Das muß aufkommensneutral geschehen und, so sage ich zusätzlich: auch ebenenneutral. Es geht nicht, mit dem Anspruch der Aufkommensneutralität Mehreinnahmen durch Steuerrechtsänderungen bei der einen Ebene und die Ausfälle bei der anderen zu buchen.

Das heißt:

- Wenn die Bundesregierung meint, der Solidaritätszuschlag könne schon ab 1997/1998 reduziert werden, dann sage ich genauso deutlich: aber dann nicht zu Lasten von Ländern und Gemeinden!
- Wenn wir die Gewerbesteuer ändern, dann ist ein voller und fairer Ausgleich für die Gemeinden selbstverständlich. Aber ich sage auch: nicht zu Lasten der Länder.

(Zuruf von der CDU)

- Wenn Änderungen bei Vermögensteuer und Erbschaftsteuer geplant sind, dürfen die Länder nicht zusätzlich belastet werden.

(C)

(D)

(Minister Schleußer)

(A) Meine Damen und Herren, bei anstehenden Steuerrechtsänderungen ist meine realistische Einschätzung: Angesichts der nach wie vor angespannten Finanzlage aller Ebenen können wir uns keine Steuerreformvorhaben leisten, die Geld kosten. Wir haben Fehler gemacht, die wir nicht wiederholen dürfen: Wir haben Steuern gesenkt in der Hoffnung, daß die zugesagte Refinanzierung trägt. Das war trügerisch, wie die Oktober-Steuer-schätzung zeigt.

Mein Vorschlag ist, es einmal andersherum zu probieren: Erst wenn die versprochenen zusätzlichen Mittel aus Refinanzierungsmaßnahmen tatsächlich eingenommen sind, werden wir sie wieder für Steuerentlastungen, für Steueränderungen ausgeben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen:

- Solide Finanzen sind die Voraussetzung jeder Erneuerung.
- In Nordrhein-Westfalen wird eine stetige und berechenbare Finanzpolitik solides Fundament für politische Entscheidungen gerade in Zeiten des Umbruchs und des Aufbruchs bleiben.
- Wir brauchen in Deutschland ein nachhaltiges Bündnis für mehr Arbeit. Es wird uns nur gelingen, wenn wir den Staat, unseren Staat, von Grund auf modernisieren. Dazu brauchen wir ein einfaches, ein sozial gerechtes, ein effizientes Steuer- und Abgabensystem, damit Arbeiten und das Schaffen von Arbeitsplätzen sich lohnen, damit die Weichen für den Aufbruch ins neue Jahrhundert in die richtige Richtung gestellt werden.

(B)

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich danke dem Herrn Finanzminister und erteile nun Herrn Innenminister Kniola das Wort zur Einbringung des Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1996 ist, wie bereits in den vergangenen Jahren, ein Artikelgesetz.

Kernstück des Regierungsentwurfs ist Artikel I, das eigentliche Gemeindefinanzierungsgesetz, das Art und Höhe der Zuweisungen an die Gemeinden

und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 aus dem Landeshaushalt festlegt. (C)

Die Regelungen des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der nordrhein-westfälischen Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit sind wiederum in Artikel II enthalten.

Darüber hinaus enthält der Regierungsentwurf in den Artikeln III bis VI klarstellende und redaktionelle Änderungen kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften, also der Gemeindeordnung, der Kreisordnung, der Landschaftsverbandsordnung und des KVR-Gesetzes.

Der Entwurf des Landeshaushalts 1996 weist Gesamtzuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe von rund 22 Milliarden DM aus; der allgemeine Steuerverbund beträgt brutto rund 13,8 Milliarden DM.

Mehr noch als in den vergangenen Jahren sind die Kommunen zur Wahrnehmung ihrer eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben auf die Zuweisungen des Landes angewiesen. Kommunale Handlungsspielräume werden zunehmend enger.

Deshalb müssen die Städte und Gemeinden vor neuen Belastungen geschützt werden. Ein aktuelles Beispiel für eine solche Belastung ist die Forderung, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Diese Forderung läuft unter der Überschrift "Unternehmensteuerreform". Dies ist eine sehr einseitige Betrachtungsweise. Die Gewerbesteuer ist nach wie vor die tragende Säule der kommunalen Selbstverwaltung. Eine Reform muß deshalb zum Ziel haben, die kommunalen Finanzen zu stärken. Schnellschüsse sind hier nicht angebracht. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im übrigen sind von allen Gewerbetreibenden nur rund 10 % mit der Gewerbesteuer belastet. Deshalb drängt sich der Verdacht auf, daß es in Wahrheit um die Abschaffung der Gewerbesteuer insgesamt geht. Dies werden wir nicht zulassen.

(Erneut Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Kommunen können sich auch darauf verlassen, daß die Landesregierung im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes alle Anstrengungen unternimmt, um die kommunale Finanzausstattung zu sichern.

Nach Abzug der Vorwegabzüge in Höhe von 498,8 Millionen DM verbleiben netto 13,3219 Milliarden DM. Der erhebliche Anstieg der Vorwegabzüge ist neben der Rückzahlung des